

Wirtschafts- und Sozialkunde

1 Artikel 12 des Grundgesetzes (GG) handelt von der freien Berufswahl.

Der entscheidende Satz lautet: Alle Deutschen haben

- A. ein einklagbares Recht auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.
- B. das Recht, jeden beliebigen Beruf auszuüben.
- C. die Pflicht, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.
- D. das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.
- E. die Pflicht, einen zumutbaren Arbeitsplatz anzunehmen.

2 Der Betriebsrat hat ein Mitspracherecht bei der Berufsausbildung.

Dieses Recht ergibt sich aus den einschlägigen Bestimmungen im

- A. Betriebsverfassungsgesetz. B. Arbeitsförderungsgesetz. C. Berufsbildungsgesetz.
- D. Grundgesetz. E. Jugendberufshilfegesetz.

3 Die Erlaubnis zum Ausbilden wird ausbildungswilligen Betrieben nach einer Überprüfung auf Eignung erteilt von

- A. der zuständigen Stelle, z.B. IHK, Handwerkskammer.
- B. dem Prüfungsausschuss für den jeweiligen Ausbildungsberuf.
- C. der Berufsberatung des Arbeitsamtes.
- D. dem Gewerbeaufsichtsamt.
- E. einem Mitarbeiter des Bundesinstituts für Berufsbildung.

4 Das Berufsausbildungsverhältnis beginnt mit einer Probezeit,

- A. deren Dauer erst während der Ausbildung festgelegt wird.
- B. die mindestens einen, höchstens vier Monate betragen darf.
- C. auf die bei Abiturienten verzichtet werden kann.
- D. die mindestens sechs Monate betragen muss.
- E. die ein Drittel der Ausbildungszeit umfassen soll.

5-veralte

6 Ausbildungsbetriebe müssen für jeden Ausbildungsberuf einen Ausbildungsrahmenplan ausarbeiten, aus dem hervorgeht,

- A. welche fachliche Qualifikation der verantwortliche Ausbilder nachweisen kann.
- B. welche Prüfungsanforderungen zur Abschlussprüfung zu erwarten sind.
- C. dass die Lerninhalte von betrieblicher Ausbildung und Berufsschule übereinstimmen.
- D. welche Fertigkeiten und Kenntnisse in welcher zeitlichen Reihenfolge vermittelt werden.
- E. in welchem Umfang Auszubildende zu ausbildungsfremden Arbeiten verpflichtet sind.

7 Die Berufsschule ist Teil des dualen Ausbildungssystems. Ihre Aufgabe ist

- A. der berufs begleitende Unterricht entsprechend dem Rahmenlehrplan.
- B. die Vermittlung einer technischen Grundbildung.
- C. die Vermittlung von Fertigkeiten, die nicht zum Berufsbild gehören.
- D. die Vorbereitung der Auszubildenden auf die Zwischen- und die Abschlussprüfung.
- E. die Wiederholung und Ergänzung von Lerninhalten der betrieblichen Ausbildung.

8 Betriebe, die nicht alle erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln können, dürfen dennoch ausbilden, wenn

- A. die Auszubildenden eine Berufsschule besuchen.
- B. die Auszubildenden Fachhochschulreife oder Abitur nachweisen.
- C. die Ausbildung um ein halbes Jahr über die Normaldauer verlängert wird.
- D. es in dem Ausbildungsberuf an Nachwuchs fehlt.
- E. dieser Mangel durch zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen behoben wird.

9 Im dualen Bildungssystem ist es Aufgabe der überbetrieblichen Ausbildungsstätten,

- A. die betriebliche Ausbildung zu ergänzen.
- B. die betriebliche Ausbildung zu ersetzen.
- C. den Berufsschulunterricht zu ersetzen.
- D. die Abschlussprüfungen durchzuführen.
- E. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz auf eine betriebliche Ausbildung vorzubereiten.

10 Prüfungsausschüsse dürfen nicht nach freiem Ermessen handeln und entscheiden, sondern sie sind gebunden an die

- A. Weisungen des Ausbildungsberaters.
- B. Richtlinien des Kultusministeriums.
- C. Satzung, die sich der Prüfungsausschuss selbst gegeben hat.
- D. Prüfungsordnung der zuständigen Stelle.
- E. Richtlinienkompetenz der Sozialpartner.

11 Das Berufsausbildungsverhältnis endet in der Regel

- A. mit der Anmeldung zur Abschlussprüfung.
- B. am Tage der schriftlichen Prüfung (Kenntnisprüfung).
- C. vier Wochen nach der Anmeldung zur Abschlussprüfung.
- D. mit dem Ablauf der Ausbildungszeit.
- E. mit dem Bestehen der Abschlussprüfung.**

12 Nach Abschluss der Ausbildung haben Auszubildende Anspruch auf ein Zeugnis. Auf ihr Verlangen sind in das Zeugnis auch Angaben aufzunehmen über Führung, Leistung und die

- A. Zahl der durch Krankheit bedingten Fehltage.
- B. ehrenamtliche Tätigkeit, z.B. für Wohlfahrtsverbände u.ä.
- C. beruflichen Zukunftspläne.
- D. Tätigkeit als Klassen- oder Schulsprecher einer Berufsschule.
- E. besonderen fachlichen Fähigkeiten.**

13 Das ökonomische Prinzip ist Ziel jedes Wirtschaftens. Es besagt:

- A. Güter und Dienstleistungen mit geringstem Aufwand an Mitteln zu erbringen.**
- B. so viel wie irgend möglich an Gütern und Leistungen zu erbringen.
- C. alle Güter und Dienstleistungen so teuer wie möglich zu verkaufen.
- D. die Produktion von Gütern und Dienstleistungen Jahr für Jahr zu steigern.
- E. allen Menschen das Notwendige für den Lebensunterhalt zur Verfügung zu stellen.

14 Als Investitionsgüter bezeichnet man alle Produkte und Leistungen, die

- A. man für den Haushalt benötigt.
- B. ohne Mehrwertsteuer mehr als 400 Euro kosten.
- C. im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden können.
- D. zur Güterproduktion oder zum Erbringen von Dienstleistungen dienen.**
- E. von der Steuer abgesetzt werden können.

15 Um Wirtschaftswachstum zu erzielen, muss investiert werden. In welchem der folgenden Beispiele wird investiert, um die Produktionskapazität auszuweiten?

- A. Jubiläumsfeier zum Jahrestag der Unternehmensgründung vor 100 Jahren.
- B. Reparatur einer Bogenoffsetdruckmaschine.
- C. Verkauf eines nicht mehr benötigten Grundstücks.
- D. Austausch eines CRT-Monitors gegen einen TFT-Flachbildschirm.
- E. Leasen einer Rollenrotation, um auch Zeitschriften drucken zu können.**

16 Unternehmensleitungen suchen immer neue Möglichkeiten zur Rationalisierung.

Sie wollen dadurch erreichen, dass

- A. die Arbeit abwechslungsreicher wird.
- B. sich das Betriebsklima verbessert.
- C. Arbeitsplätze erhalten bleiben.
- D. Kosten für Werbung eingespart werden.
- E. die Herstellungskosten sinken.**

17 Viele Unternehmen sind verpflichtet, am Ende des Geschäftsjahres eine Inventur vorzunehmen. Darunter ist zu verstehen eine

- A. Gegenüberstellung von Gewinn und Verlust.
- B. Auflistung sämtlicher mehrwertsteuerpflichtiger Umsätze.
- C. Aufstellung aller Vermögenswerte (Waren, Immobilien, Forderungen, Schulden).
- D. Ermittlung der Jahreslohnsumme.
- E. Bewertung des Warenlagers in Euro zu Selbstkosten.**

18 Maschinen, Werkzeuge und Gebäude verlieren mit der Zeit an Wert. Dieser Wertverlust wird in den Bilanzen der Unternehmen berücksichtigt als

- A. Jahresfehlbetrag.
- B. Abschreibung.**
- C. Minderung des Firmenwerts.
- D. Verbindlichkeit.
- E. Uneinbringliche Forderung.

19 Schwarzarbeit ist verboten, weil dabei häufig gegen staatliche Ordnungsvorschriften verstoßen wird und

- A. das Preisniveau niedriger liegt als bei Ausführung der Arbeiten durch einen Unternehmer.
- B. der Schwarzarbeiter in der Regel keine Gewährleistung übernimmt.
- C. die Schwarzarbeiter nicht vom Arbeitsamt vermittelt sind.
- D. den Handwerksbetrieben Arbeit weggenommen wird.
- E. den Versicherungsträgern Sozialabgaben und dem Staat Steuern vorenthalten werden.**

20 Wenn die Konsumenten immer weniger Waren fürs Geld erhalten, spricht man von einer

- A. wirtschaftlichen Stagnation.
- B. Inflation.**
- C. Baisse.
- D. Depression.
- E. Deflation.

21 Die Bundesregierung möchte die Wirtschaft ankurbeln. Welche Maßnahme liegt in ihrer Kompetenz, sofern das Parlament zustimmt?

- A. Steuerlast mindern.
- B. Mindestreservesätze herabsetzen.
- C. Diskontsatz herabsetzen.
- D. Lombardsatz senken.
- E. Börsenkurse amtlich festsetzen.

22 Als umfassendste Darstellung sämtlicher wirtschaftlicher Aktivitäten zwischen Deutschland und dem Ausland gilt die

- A. Zahlungsbilanz. B. Gold- und Devisenbilanz. C. Kapitalverkehrsbilanz.
- D. Leistungsbilanz. E. Handelsbilanz.

23 Eine GmbH beabsichtigt, ein Grundstück für den Bau eines Papierlagers zu erwerben. Das Eigentum daran wird übertragen durch

- A. schriftlichen Kaufvertrag und Zustimmung des Grundbuchamts.
- B. Einigung über den Kaufpreis im Beisein von zwei Zeugen.
- C. Kaufvertrag und nach Zahlung der Grunderwerbssteuer.
- D. notariellen Kaufvertrag und Eintragung ins Grundbuch.
- E. Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde (Stadt).

24 Das Bürgerliche Gesetzbuch unterscheidet Werk- und Werklieferungsvertrag. Um einen Werkvertrag handelt es sich, wenn

- A. sich eine Bank nach dem Entwurf der Druckerei Neujahrskarten drucken lässt.
- B. eine Buchbinderei ihre Falzmaschine vom Kundendienst reparieren lässt.
- C. eine Firma den Lieferwagen in der Vertragswerkstatt neu lackieren lässt.
- D. ein Satzstudio einen defekten Schalter von einem Elektriker austauschen lässt.
- E. ein Verlag 50000 Bogen Papier zum Druck eines Buches zur Verfügung stellt.

25-Frage nicht eindeutig gestellt

26 Ein Unternehmer möchte seinen Betrieb vergrößern und nimmt daher seine drei Geschwister als vollhaftende Gesellschafter auf. Das Einzelunternehmen wird dadurch zu einer

- A. Aktiengesellschaft. B. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
- C. Kommanditgesellschaft. D. offenen Handelsgesellschaft. E. Genossenschaft.

27 Die typische Unternehmensform für kleinere und mittlere Betriebe, deren Eigentümer nur ein begrenztes Haftungsrisiko eingehen wollen, ist die

- A. Einzelunternehmung. B. Aktiengesellschaft. C. offene Handelsgesellschaft.
- D. Kommanditgesellschaft. E. GmbH oder GmbH & Co. KG.

28 Einmal jährlich muss der Vorstand der Aktiengesellschaft eine Hauptversammlung einberufen. Stimmrecht haben nur die

- A. Aktionäre. B. Mitglieder des Vorstands. C. Mitglieder des Aufsichtsrats.
- D. Mitarbeiter der Aktiengesellschaft. E. Betriebsratsmitglieder.

29 Aktionäre überlassen Aktiengesellschaften durch Kauf von Aktien Geld, also den Produktionsfaktor Kapital. Als Entgelt erhalten sie dafür

- A. einen Rabatt beim Kauf von Waren der Aktiengesellschaft.
- B. eine vom Gewinn abhängige Dividende. C. jährlich Zinsen in Höhe des Diskontsatzes.
- D. jährlich einen Bonus, der 10% des Nennwerts der Aktie beträgt.
- E. eine garantierte Wertsteigerung der Aktie um bis zu 10%.

30 Ein leitender Angestellter der Offsetdruckerei Senefelder GmbH hat Prokura. Das ist

- A. eine umfassende Handlungsvollmacht für geschäftliche Entscheidungen.
- B. das Recht und die Pflicht, Geschäftskorrespondenz mit „gezeichnet“ zu unterschreiben.
- C. das Recht, Bilanzen aufzustellen und verantwortlich zu unterschreiben.
- D. die handelsgerichtliche Eintragung als Gesellschafter einer GmbH.
- E. die kaufmännische Bezeichnung für den Geschäftsführer einer GmbH.

31 Der Zusatz „gez.“ oder „gezeichnet“ vor einer Unterschrift besagt, dass

- A. die Unterschrift in Druckbuchstaben erfolgt ist.
- B. es sich nicht um die Originalunterschrift handelt.
- C. nur mit den Anfangsbuchstaben abgezeichnet worden ist.
- D. es sich um den Zustimmungsvermerk des Vorgesetzten handelt.
- E. die Unterschrift in Vertretung des Unterschriftsberechtigten erfolgt ist.

32 (veraltet)

33 Ein Verlag hat von einer Buchbinderei ein Angebot für das Binden eines Fachbuchs erhalten. Der Angebotspreis setzt sich zusammen aus den

- A. kalkulatorischen Kosten und den Abschreibungen.
- B. fixen und den festen Kosten.
- C. variablen und den festen Kosten.
- D. Selbstkosten und einem Gewinnaufschlag.**
- E. Vertriebskosten und dem Unternehmerlohn.

34 Eine Druckerei bestellt eine größere Menge Papier, die mit Eigentumsvorbehalt geliefert wird. Das Papier geht in das Eigentum der Druckerei über

- A. bei Lieferung. B. grundsätzlich 7 Tage nach Lieferung.
- C. spätestens vier Wochen nach Lieferung. D. nach Zahlung des ersten Teilbetrags.
- E. nach Zahlung des gesamten Kaufpreises.**

35 Wenn es der Lieferant zulässt, darf bei Lieferungen und Leistungen vom Rechnungsbetrag Skonto abgezogen werden. Das ist in der Regel der Fall bei

- A. Abnahme größerer Mengen einer Ware.
- B. Kauf von Waren mit kleinen Fehlern.
- C. Barzahlung oder Zahlung innerhalb einer kurzen Frist.**
- D. Zahlung in mehreren Raten. E. verlängertem Zahlungsziel.

36 Ein Auszubildender erhält einen gerichtlichen Mahnbescheid, obwohl er den angemahnten Betrag fristgerecht bezahlt hat. Welche Reaktion ist richtig?

- A. Annahme des Mahnbescheids verweigern.
- B. Mahnbescheid nicht beachten.
- C. Widerspruch fristgerecht einreichen.**
- D. Per Einschreiben beim Antragsteller des Mahnbescheids protestieren.
- E. Mahnbescheid an den Antragsteller zurücksenden.

37 Wenn ein Schuldner nach einer vom Gesetz bestimmten Zeitspanne eine Rechnung nicht mehr zu begleichen braucht, spricht man von

- A. Zahlungsmoratorium. B. Zahlungsstundung. **C. Verjährung.**
- D. Hemmung. E. Unterbrechung.

38 Kredite sind für viele Unternehmen unentbehrlich, wenn das Eigenkapital nicht ausreicht. Ein Unternehmen ist kreditwürdig, wenn es

- A. Spitzenlöhne zahlt.
- B. viele Arbeitskräfte beschäftigt.
- C. viel für Sozialleistungen ausgibt.
- D. Gewinn macht oder Sicherheiten nachweist.**
- E. die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft hat.

39 Nicht alle Waren und Dienstleistungen unterliegen der vollen Mehrwertsteuer. Dem ermäßigten Satz von derzeit 7% unterliegen beispielsweise

- A. Automobile. B. Textilien. C. Tonträger aller Art.
- D. Bücher.** E. Familiendrucksaachen.

40 Der Lohnsteuerjahresausgleich ist für alle Arbeitnehmer zu empfehlen, die im abgelaufenen Kalenderjahr

- A. unterschiedlich hohe Einkünfte versteuert haben.**
- B. nur geringfügig beschäftigt waren.
- C. nicht gegen Entgelt gearbeitet haben.
- D. steuerfrei waren.
- E. Wohngeld und andere Sozialleistungen bezogen haben.

41 Die Gewerkschaften sind einflussreiche Interessenverbände, die auch gesellschaftspolitische Ziele verfolgen. Ihre Hauptaufgabe aber ist die

- A. Benennung von Arbeitnehmervertretern zum Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften.
- B. Kritik an der Politik der Regierung.
- C. Mitwirkung bei der überbetrieblichen Ausbildung.
- D. Unterstützung von Mitgliedern, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.
- E. Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen in Tarifverhandlungen.**

42 Interessenverbände sind vor allem am Sitz von Parlament und Regierung vertreten. Ihr wichtigstes Ziel ist,

- A. den freien Welthandel zu fördern.
- B. die Presse umfassend zu informieren.
- C. die politischen Parteien durch Spenden zu unterstützen.
- D. durch Aufklärungsarbeit dem Allgemeinwohl zu dienen.
- E. Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen.**

43 Die Bewerbungsunterlagen für einen Arbeitsplatz setzen sich aus mindestens drei Grundbestandteilen zusammen: Bewerbungsschreiben, Lebenslauf mit Lichtbild und

- A. einer Kopie oder Abschrift der letzten Zeugnisse.
- B. drei bis vier Arbeitsproben.
- C. einer Kopie oder Abschrift der Geburtsurkunde.
- D. einem polizeilichen Führungszeugnis.
- E. einer Kopie der Lohnsteuerkarte.

44 Das Bundesurlaubsgesetz gilt zwar grundsätzlich für alle Arbeitnehmer. Es findet aber keine Anwendung, wenn

- A. der Tarifvertrag günstigere Regelungen für Arbeitnehmer enthält.
- B. Unternehmen weniger als fünf Arbeitnehmer beschäftigen.
- C. Unternehmen einem Arbeitgeberverband angehören.
- D. ein Einzelarbeitsvertrag abgeschlossen wurde.
- E. Arbeitnehmer das 63. Lebensjahr überschritten haben.

45 Eine Typografin erleidet während ihres Erholungsurlaubs einen Autounfall und wird deshalb krankgeschrieben. Ihre Krankheitstage werden

- A. stets auf den Urlaub angerechnet; sie gelten also als Urlaubstage.
- B. nur angerechnet, falls die Arbeitsunfähigkeit auf eigenes Verschulden zurückzuführen ist.
- C. bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres grundsätzlich angerechnet.
- D. nicht auf den Urlaub angerechnet; sie gelten also nicht als Urlaubstage.
- E. ab 10 Jahren Betriebszugehörigkeit nicht angerechnet.

46 Die meisten Arbeitnehmer sind durch das Kündigungsschutzgesetz vor ungerechtfertigter Kündigung geschützt. Keinen Kündigungsschutz genießen jedoch

- A. Auszubildende. B. Angestellte nach Vollendung des 60. Lebensjahres.
- C. Angestellte, die über Tarif bezahlt werden. D. halbtags beschäftigte Arbeitnehmer.
- E. Arbeitnehmer während der Probezeit.

47 In einem größeren Betrieb muss eine Angelegenheit geregelt werden, die die Ausbildung betrifft. Die dazu notwendigen Gespräche mit der Betriebsleitung zu führen ist Sache

- A. allein des Betriebsrates. B. des Betriebsrates unter Hinzuziehung der Jugendvertretung.
- C. der Vertrauensleute der Gewerkschaft und des Betriebsrats. D. nur der Jugendvertretung.
- E. der Jugendvertretung zusammen mit der zuständigen Berufsschule.

48 Unter Tarifautonomie versteht man

- A. das Recht der Arbeitnehmer auf übertarifliche Bezahlung.
- B. den Zusammenhang von Lohnerhöhung und Inflationsrate.
- C. die Pflicht des Arbeitgebers, mindestens Tariflohn zu zahlen.
- D. das Recht zum Abschluss von Tarifverträgen ohne staatliche Einmischung.
- E. das Recht der Arbeitgeber, individuelle Arbeitsverträge abzuschließen.

49 Die Tarifautonomie ist eine Errungenschaft, an der keine Gewerkschaft rütteln lässt. Die Tarifautonomie würde missachtet werden, wenn

- A. die Bundesregierung einen Streik verbietet.
- B. der Bundestag die Kündigungsfristen verlängert.
- C. ein Länderparlament das Recht auf Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer einschränkt.
- D. ein Großunternehmen aus dem Arbeitgeberverband austritt.
- E. ein Unternehmen streikende Mitarbeiter aussperrt.

50 Der Generalstreik ist das stärkste Kampfmittel der Gewerkschaften, das nur in Ausnahmefällen eingesetzt wird. Beim Generalstreik

- A. werden sämtliche Unternehmen einer Branche bestreikt.
- B. werden nur die wirtschaftlich gesunden Unternehmen bestreikt.
- C. beträgt die Mindeststreikdauer drei Monate.
- D. sind alle Arbeitnehmer im ganzen Land zum Streik aufgerufen.
- E. wird das Militär zur Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen zur Hilfe gerufen

51 Gesetze zum Schutze der menschlichen Arbeitskraft sind wirkungslos, wenn ihre Einhaltung nicht überwacht wird. Eingreifen muss bei Verstößen dagegen das zuständige

- A. Sozialgericht. B. Sozialamt.
- C. Arbeitsgericht. D. Arbeitsamt.
- E. Gewerbeaufsichtsamt.

52 Der Erste-Hilfe-Kasten muss besonders gekennzeichnet sein. Er ist zu erkennen an dem

- A. roten Malteserkreuz auf weißem Grund.
- B. blauen Andreaskreuz auf gelbem Grund.
- C. grünen Kreuz auf weißem Grund.

D. weißen Kreuz auf grünem Grund.

E. weißen Kreuz auf rotem Grund.

53 Umsicht und Vorausdenken helfen Unfälle zu vermeiden, zum Beispiel bei einem Ölfleck, den Sie auf dem Fußboden entdecken. Sie reagieren richtig, wenn Sie

A. jedesmal vorsichtig um den Fleck herumgehen.

B. sich vornehmen, einen Hilfsarbeiter zu bitten, das Öl aufzuwischen.

C. einen Karton über den Ölfleck stülpen.

D. den Ölfleck sofort restlos beseitigen.

E. Ihren Vorgesetzten bei nächster Gelegenheit davon informieren.

54 Das VDE-Zeichen auf einem Elektrogerät besagt, dass es

A. den Schutzvorschriften entspricht.

B. nur von Fachleuten bedient werden darf.

C. mindestens einmal jährlich gewartet werden muss.

D. die Endprüfungen im Herstellungswerk bestanden hat.

E. aus einem Werk der VDE-Gruppe stammt.

55 Funkenbildung durch elektrischen Strom, z.B. beim Ein- und Ausschalten von Maschinen, ist in der Regel harmlos. Diese Funken können aber gefährlich werden, wenn

A. die Raumluft wärmer ist als 25°C.

B. sie auf ein Lösemittel-Luft-Gemisch treffen.

C. die Raumluft ionisiert (elektrisch geladen ist).

D. sie auf statische Elektrizität zurückzuführen sind.

E. die relative Luftfeuchtigkeit mehr als 40% beträgt.

56 Für welche gesetzliche Sozialversicherung ist der Arbeitgeber allein beitragspflichtig?

A. Unfallversicherung der Berufsgenossenschaften.

B. Arbeitslosenversicherung.

C. Rentenversicherung der Angestellten.

D. Krankenversicherung.

E. Pflegeversicherung.

57 Für die Sozialwahlen, die frei und geheim sind, gelten die Grundsätze der Verhältniswahl. Die Kandidaten bzw. Listen werden aufgestellt von den

A. Unternehmen und Organisationen, die Versicherte beschäftigen.

B. Mitgliedern der Bundesversammlung.

C. gesellschaftlichen Gruppen mit sozial- und berufspolitischer Zielsetzung.

D. Wahlberechtigten selbst auf Versammlungen zur Kandidatenfindung.

E. dem jeweiligen Sozialversicherungsträger.

58 Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist auf sechs Wochen begrenzt. Bei länger dauernder Krankheit erhält der Versicherte dann zur wirtschaftlichen Versorgung

A. Sozialhilfe. B. Krankenhilfe. C. Haushaltshilfe.

D. Krankengeld. E. Erwerbsunfähigkeitsrente.

59 Die Berufsgenossenschaften sind für alle Bereiche der Unfallverhütung in den Betrieben zuständig. Sie arbeiten dabei aktiv zusammen mit den

A. Arbeitsämtern. B. Gewerbeaufsichtsämtern. C. Sozialämtern.

D. Industrie- und Handelskammern. E. Arbeitsgerichten.

60 Bei Unfällen ist zu klären, wer die Kosten übernimmt. Ein Versicherungsfall für die gesetzliche Unfallversicherung liegt vor, wenn der Unfall

A. beim Vereinssport geschah.

B. sich beim Schilauflauf während des bezahlten Erholungsurlaubs ereignete.

C. am Sonntag auf dem direkten Wege zum Arbeitsplatz passierte.

D. bei der ehrenamtlichen Tätigkeit für eine Selbsthilfegruppe geschah.

E. sich bei der Nachbarschaftshilfe im Garten ereignete.

61 Bei beruflich bedingten Krankheiten ist die gesetzliche Unfallversicherung zu Leistungen verpflichtet, wenn die Krankheit auf eine versicherte Tätigkeit zurückzuführen ist und

A. die Beiträge regelmäßig gezahlt worden sind.

B. durch Rechtsverordnung als Berufskrankheit anerkannt ist.

C. der Versicherte die gesundheitsgefährdende Arbeit mehr als 2 Jahre ausgeübt hat.

D. ein Arzt die Berufstätigkeit als Ursache für die Krankheit benannt hat.

E. keine Aussicht auf Heilung mehr besteht.

62 Die Zusicherung der arbeitenden Generation, die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen durch Beiträge an die Rentenversicherung zu unterhalten, nennt man

- A. dynamische Rentenanpassung.
- B. Sozialklausel.
- C. Rentenformel.
- D. Umlageverfahren.
- E. Generationenvertrag.**

63 Der größte Teil der Mittel für die Rentenversicherung stammt zwar aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen die Versicherungsträger aber noch Zuschüsse. Sie kommen

- A. von den Gewerkschaften.
- B. von den Arbeitgeberverbänden.
- C. von den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu je 50%.
- D. aus dem Bundeshaushalt (Steuereinnahmen).**
- E. aus den Länderhaushalten (Steuereinnahmen).

64 Die Rente wegen Berufsunfähigkeit ist niedriger als die Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, weil der Versicherte bei Berufsunfähigkeit

- A. weniger Mittel zum Unterhalt benötigt.
- B. eine Zusatzrente des letzten Arbeitgebers erhält.
- C. noch arbeiten und hinzuverdienen kann.**
- D. auch noch eine Rente der Berufsgenossenschaft erhält.
- E. auf Besserung seiner Beschwerden hoffen darf.

65 Anspruch auf Arbeitslosengeld haben nur Versicherte, die sich arbeitslos gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt haben, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen und

- A. die Anwartschaft erfüllt haben.**
- B. ihre Bedürftigkeit nachweisen können.
- C. mindestens 25 Jahre alt sind.
- D. vor der Arbeitslosigkeit Kurzarbeitergeld bezogen haben.
- E. zum Wohnortwechsel innerhalb Deutschlands bereit sind.

66 Das Arbeitsgericht ist die erste Instanz der Arbeitsgerichtsbarkeit. Es setzt sich zusammen aus drei Personen:

- A. nur Berufsrichter, die alle im Arbeitsrecht sachkundig sind.
- B. zwei Berufsrichter, ein sachkundiger Laienrichter.
- C. ein Berufsrichter, zwei sachkundige Gewerkschaftsvertreter.
- D. ein Berufsrichter, ein Arbeitsamtmitarbeiter, ein Arbeitnehmervertreter.
- E. ein Berufsrichter, je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.**

67 Gegen Entscheidungen (Urteile) der Arbeits- und Sozialgerichte kann Berufung eingelegt werden. Als Folge dieses Rechtsmittels wird

- A. das Urteil von einer höheren Instanz in rechtlicher Hinsicht überprüft.
- B. das Urteil zurückgenommen und die Sache vom selben Gericht noch einmal verhandelt.
- C. dem klagenden Beteiligten (Kläger) Recht gegeben.
- D. dem beklagten Beteiligten (Beklagten) Recht gegeben.
- E. die Sache vor der nächst höheren Instanz neu verhandelt.**

68 Kohlendioxid (CO₂) ist ein natürlicher Bestandteil der Luft. Leider hat dieses farblose, unbrennbare und für alle Lebewesen notwendige Gas aber derart zugenommen, dass es mitverantwortlich gemacht wird für

- A. den sauren Regen.
- B. das Waldsterben.
- C. die Zerstörung der Ozonschicht.
- D. die Luftverschmutzung.
- E. den Treibhauseffekt.**

69 Ozon (O₃) ist ein gasförmiger, natürlich vorkommender giftiger Stoff, der

- A. die schädliche UV-Strahlung erzeugt.
- B. nicht künstlich erzeugt werden kann.
- C. als Nebenprodukt in Atomkraftwerken anfällt.
- D. noch in geringen Spuren zu riechen ist.**
- E. giftig-grün aussieht und brennbar ist.

70 Die Ozonschicht in der Stratosphäre ist für das Leben auf der Erde unentbehrlich. Sie wirkt nämlich als

- A. Sperre gegen die lebensbedrohende Höhenstrahlung.**
- B. Hitzeschild gegen die Wärmestrahlung der Sonne.
- C. Filter gegen schädliche elektromagnetische Felder.
- D. Filter zur Absorption von Weltraumstaub.
- E. Filter, der die Erde vor Auskühlung schützt.

71 Regenerative Energien schonen die Ressourcen und sind umweltfreundlich. Das gilt zum Beispiel für die Warmwasserbereitung

- A. mit der Abwärme eines Atomkraftwerks.
- B. mit Hilfe einer Wärmepumpe.
- C. aus der Sonnenenergie.**
- D. durch Verwendung von Nachtstrom.

E. unter Verwendung von Erdgas.

72 Abfälle sollen möglichst verwertet werden. Zur Verwertung zählt nicht nur die Gewinnung von Wertstoffen aus Abfällen, sondern auch die

- A. umweltgerechte Entsorgung von Abfällen.
- B. Verbrennung von Sonderabfällen.
- C. Entgiftung von Sonderabfällen.
- D. Gewinnung von Energie aus Abfällen.**
- E. Nährstoffanreicherung durch das Verklappen von Klärschlamm im Meer.

73 Isolierglas hat Einfachglas als Standard für Fensterverglasungen abgelöst, und zwar nicht nur wegen der besseren Wärmedämmung, sondern auch wegen der

- A. höheren Lichtdurchlässigkeit (Transparenz).
- B. geringeren Bruchgefahr.
- C. besseren Durchlässigkeit für UV-Strahlen.
- D. völligen Sturmfestigkeit.
- E. besseren Schalldämmung.**

74 Wasser steht genügend zur Verfügung, denn rund drei Viertel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Dennoch sollte Wasser gespart werden, weil

- A. infolge Klimaveränderungen kaum noch Regen fällt.
- B. unbelastetes Grundwasser knapper wird.**
- C. sich Grundwasser nicht erneuert, also kein Wasser nachfließt.
- D. der saure Regen das Grundwasser verdirbt.
- E. durch Erdenwärmung immer mehr Wasser verdunstet und verlorengeht.

75 Seen und Teiche, aber auch viele Flüsse sind mehr oder weniger eutrophiert. Unter Eutrophierung versteht man einen

- A. zu hohen Nährstoffgehalt der Gewässer.**
- B. überhöhten Gehalt an Schwermetallen.
- C. hohen Säuregrad infolge des sauren Regens.
- D. Temperaturanstieg durch Einleitung warmer Abwässer.
- E. erhöhten Sauerstoffgehalt durch üppiges Pflanzenwachstum.

76 Talsperren sind Wasserstauanlagen, die wirtschaftlich und ökologisch vielseitigen Nutzen bringen. Gegen den Bau von Staudämmen spricht nur, dass

- A. regenerative Energie zur Stromerzeugung genutzt wird.
- B. ein Trink- und Brauchwasserreservoir entsteht.
- C. sie Bewässerungsprojekte ermöglichen.
- D. sie Schutz vor Hochwasser bieten.
- E. sich das Landschaftsbild ändert.**

77 Aus einer Tiefdruckerei sind umweltgefährdende Abwässer in die Kanalisation geraten, ohne dass dem Betrieb oder einem Mitarbeiter ein Verschulden anzulasten ist. Für dadurch angerichtete Schäden haftet

- A. daher niemand.
- B. dennoch die Tiefdruckerei aufgrund der Gefährdungshaftung.**
- C. deshalb die öffentliche Hand (Staatshaftung).
- D. daher in der Regel das jeweilige Klärwerk.
- E. dann die zuständige Berufsgenossenschaft.

78 Auf dem Gelände einer stillgelegten chemischen Fabrik soll der Boden dekontaminiert werden. Er wird also

- A. mit Sauerstoff angereichert.
- B. neutralisiert, d. h. genau auf den pH-Wert 7 gebracht.
- C. von gefährlichen oder schädlichen Stoffen befreit (entgiftet).**
- D. mit Torf oder Baumrindenmulch verbessert.
- E. durch Zugabe von fehlenden Mineralstoffen rekultiviert.

79 Die Papierfaserstoffe Holzstoff und Cellulose werden gebleicht, damit das Papier weiß aussieht. Am wirksamsten ist die Bleiche mit Elementarchlor, die aber immer weniger angewandt wird, weil

- A. sie zu teuer kommt.
- B. sie zu starken Geruchsbelästigungen führt.
- C. dabei giftige, umweltschädliche Reaktionsprodukte entstehen.**
- D. die Fasern stark angegriffen oder sogar zerstört werden.
- E. weißes Papier kaum noch verlangt wird.

80 Bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehen Abgase, die je nach Brennstoff unterschiedliche Schadstoffe enthalten. In der Regel sind in den Verbrennungsgasen aber immer enthalten: Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, Stickstoff, Wasserdampf sowie

- A. die Edelgase Xenon, Argon und Krypton.
- B. Schwefel- und Salzsäuredämpfe.

- C. Dioxine und Furane. D. Methan und Schwefelwasserstoff.
E. Stickoxide und Schwefeldioxid.

81 Als Ressourcen werden Rohstoffe und Energieträger bezeichnet, die auf der Erde verfügbar sind. Einige wachsen immer wieder nach, sind also regenerierbar, andere können zurückgewonnen werden. Unwiderruflich verloren gehen aber bei unverminderter Ausbeutung

- A. die meisten Metalle.
B. Holz und Holzprodukte.
C. die Süßwasservorräte.
D. alle fossilen Energieträger.
E. Pflanzen und Tiere.

82 Das Duale System der Abfallwirtschaft umfasst zwei Bereiche, die altbekannte kommunale oder private Hausmüllabfuhr und die

- A. Entsorgung von Sonderabfall (Problemabfälle).
B. Sammlung geeigneter Abfälle für die Kompostierung.
C. Abfuhr von Spermüll.
D. Erfassung von Verpackungen in Wertstofftonnen bzw. -Säcken.
E. gelegentliche private Altkleidersammlung.

83 Zur Papierherstellung wurde schon immer Altpapier mitverwendet. Allerdings eignen sich nach wie vor nicht alle Sorten gleich gut. Wertvollster Altpapierrohstoff sind

- A. mit deinkbarer Farbe gedruckte Telefonbücher.
B. unbedruckte, holzstofffreie Schneidabfälle aus Druckereien.
C. farbig bedruckte Hochglanzprospekte.
D. unsortierte Papierabfälle aus Sammelcontainern.
E. sortierte Zeitungspapierbündel ohne Fremdstoffe.